

Schule in Bayern Individuell – Chancenreich – Familienfreundlich



DR. LUDWIG SPAENLE, MdB

Bayerische Schülerinnen und Schüler belegen bei nationalen und internationalen Vergleichsstudien immer Spitzenplätze. Und auch die Wirtschaft stellt Bayerns Schulen ein Top-Zeugnis aus: Laut Mittelstandsbarometer 2013, zu dem das Beratungsunternehmen Ernst & Young bundesweit rund 3.000 Mittelständler befragt hat, bewerten rund 47 Prozent der Mittelständler in Bayern derzeit die Bildungspolitik in ihrem Bundesland als „uneingeschränkt gut“. Das sind deutlich mehr als in früheren Befragungen und mehr als im Bundesdurchschnitt mit 33 Prozent.

BAYERNS ERFOLG: SCHULE VOM KIND AUS DENKEN

Warum sind die Unternehmer mit der bayerischen Bildungspolitik so zufrieden wie in keinem anderen Bundesland? Weil wir in Bayern Schule vom Kind aus denken. Fähigkeiten, Fleiß und Fantasie früh fördern – das ist gut fürs Kind, gut für die Familie und nicht zuletzt auch gut für die Wirtschaft.

Als Vater weiß ich: Jedes Kind ist eine un-

verwechselbare Persönlichkeit. Und genauso individuell wie das Kind ist die Bandbreite seiner Begabungen. Wir in Bayern erkennen und achten unsere jungen Menschen in ihrer Individualität und Begabung. Deswegen setzen wir auf den individuellen Bildungserfolg. Wir in Bayern investieren in Köpfe, nicht in Strukturen!

MEHR INDIVIDUELLE LERNZEIT

Um mehr Talente frühzeitig zu fördern, wollen wir in Bayern dem einzelnen Kind mehr Förderung eröffnen. Wir wollen einem hohen Anspruch gerecht werden: Jeder hat in Bayern die Chance, seine Talente und Begabungen zu entwickeln. Vielfalt, nicht Einfalt, das kennzeichnet unseren Weg. Wir wollen dem einzelnen Kind die Zeit geben, die es persönlich braucht, um den angestrebten Abschluss zu erreichen.

FLEXIBLE GRUNDSCHULE

Diese Idee steht auch hinter dem Modellversuch Flexible Grundschule, den wir gemeinsam mit der Stiftung Bildungspakt Bayern auf den Weg gebracht haben. Je nach Lerntempo können sich hier die Schülerinnen und Schüler den Lernstoff der ersten und zweiten Jahrgangsstufe in einem Jahr, in zwei Jahren oder in drei Jahren aneignen. Jedes Kind bekommt die Zeit, die es braucht. Mit der Flexiblen Grundschule können wir unsere Schüler noch stärker entwicklungs-gerecht und individuell fördern.

FLEXIBILISIERUNGSJAHR

Und wir in Bayern spannen den Bogen sogar noch weiter – bis in das Gymnasium hinein. Ich möchte der einzelnen Schülerin, dem einzelnen Schüler in der Mittelstufe die Zeit geben, die sie oder er ganz persönlich benötigt. Dafür schaffen wir am Gymnasium in der Mittelstufe die Individuelle Lernzeit und ein Flexibilisierungsjahr.

Förderung und Lernzeit den Bedürfnissen des Einzelnen anpassen – das ist unsere Antwort auf Fragen der Schulzeitdauer: In Bayern verlassen nur noch 4,85 Prozent der Schüler die Schule ohne Abschluss. Zum Vergleich: Vor zehn Jahren lag die bayerische Schulabbrecherquote fast doppelt so hoch. Die Förderung den Bedürfnissen des einzelnen Schülers anpassen – das ist Bayerns Ass im Spiel um die Zukunft.

JEDER ABSCHLUSS MIT ANSCHLUSS!

Schon heute kommen in Bayern 44 Prozent aller Studienberechtigten nicht vom Gymnasium, sondern größtenteils aus der beruflichen Bildung. Hinzu kommen pro Jahr rund 25.000 Meister, die ebenfalls hochschulzugangsberechtigt sind. Bei uns kann jeder Schüler sicher sein: Zu jedem Abschluss gibt es einen Anschluss. Beispielsweise haben wir an der Fachoberschule für überdurchschnittlich qualifizierte Absolventen der Fachabiturprüfung eine Jahrgangsstufe 13 eingeführt, mit der die allgemeine Hochschulreife erreicht werden kann.

Die Realschule ist als die Zubringerschule für den berufsbildenden Weg zur Hochschule eine bedeutende Säule in unserer Schullandschaft. Diese Schulart greift die neuesten Tendenzen in der Berufs- und Arbeitswelt auf und entwickelt ihr Bildungsangebot dabei ständig weiter. Hier spielt insbesondere die Wirtschaft als Partner eine besondere Rolle.

An der Mittelschule können Schülerinnen und Schüler den Mittleren Abschluss – neben dem klassischen Weg über den M-Zug – über ein 9 + 2-Modell nach elf Schuljahren erwerben. Zudem eröffnet Bayern einen Weg zum Realschulabschluss für Mittelschüler durch Kooperation zwischen Mittelschule und Realschule. Die Zahl dieser Kooperationsstandorte werden wir >>(2)

(1)>> mehr als verdreifachen. Mittel- und Wirtschaftsschüler können den Weg zur Hochschulreife über ein Vorbereitungsjahr (Vorklasse) an den Fachoberschulen beschreiten. Über zusätzliche Einführungsklassen, das heißt ein Vorbereitungsjahr an den Gymnasien, gewährleisten wir flächendeckend einen Weg zur allgemeinen Hochschulreife für Mittel-, Real- und Wirtschaftsschüler.

BAYERNS SCHULEN ÖFFNEN TÜREN

Bayerns Schulen öffnen Türen – und zwar für jedes Kind, unabhängig von Herkunft und Elternhaus. Wir sind ein weltoffenes Land, das stets vielfältige Einflüsse von außen aufgenommen hat. Daher fördern wir nachhaltig alle Kinder und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Gerade sie brauchen unsere Hilfe, damit sie ihre Talente bestmöglich entfalten können.

Bayern ist eines der wenigen Bundesländer, das ein Gesamtkonzept zur Integration aufgelegt hat. In unserem Konzept greifen vielfältige Maßnahmen sinnvoll ineinander: Bei hohem Migrationsanteil sind die Klassen besonders klein. Wir haben zahlreiche Deutschförderangebote in allen Schularten etabliert und optimieren unsere Maßnahmen laufend. Unser Programm der Asylbewerberklassen an beruflichen Schulen wurde von der Organisation „Jugendliche ohne Grenzen“ in einem Schreiben an den KMK-Präsidenten als Vorbild für alle anderen Länder bezeichnet. Wir wissen jedoch auch: Integration bleibt auch in Zukunft ein wichtiges Handlungsfeld der Bildungspolitik. Daher setzt Bayern künftig noch stärker auf eine intensivere Zusammenarbeit von Schule und Eltern mit Migrationsgeschichte.

Wir wissen: Im globalen Wettlauf um die Zukunft hat Bayern nur eine Ressource: die Aktivierung aller Talente. Kein Talent darf verloren gehen!

CHANCEN UND ZUKUNFT FÜR ALLE KINDER ÜBERALL IN BAYERN

Jeder Mensch ist wertvoll, jedem gehört unsere Aufmerksamkeit, jeder verdient die bestmögliche Bildung!

Dass Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung in unseren Schulen in Zu-

kunft selbstverständlich zusammen lernen, leben und arbeiten – das ist mir ein Herzensanliegen. Deshalb setzen wir auch bei inklusiver Bildung auf Vielfalt: Wir bieten die Möglichkeit der Einzelinklusion an der Sprengelschule, den Unterricht in den bewährten Kooperationsklassen, von denen wir schon über 780 in Bayern haben, und die erfolgreiche Kooperation an über 188 Partnerklassen.

Durch eine Kooperation von allgemeinen Berufs- und Berufsfachschulen mit Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung ermöglichen wir auch Jugendlichen mit einem erhöhten Förderbedarf einen erfolgreichen Abschluss der Berufsausbildung. An dem Modellversuch nehmen zum neuen Schuljahr Schulen aus allen Regierungsbezirken teil.

FAMILIENFREUNDLICHE GANZTAGESANGEBOTE

Chancen und Zukunft für alle – dieses Ziel erreichen wir am besten, wenn wir unsere Schulen noch familienfreundlicher machen. Ganztagschulen tragen dazu bei, die Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen und veränderten Bedürfnissen berufstätiger Mütter und Väter entgegenzukommen. Mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf – davon profitieren gerade in Zeiten des demografischen Wandels Arbeitnehmer wie Arbeitgeber.

In den vergangenen Jahren haben wir in Bayern daher den Ausbau schulischer Ganztagsangebote massiv vorangetrieben: Vor zehn Jahren – im Schuljahr 2002/2003 – gab es gerade einmal 28 gebundene Ganztagschulen in Bayern, heute sind es dagegen 964 Schulen mit über 3.000 Klassen. Im offenen Ganztags sind wir inzwischen bei fast 1.400 Standorten mit über 3.600 Gruppen. Hinzu kommt das Angebot der Mittagsbetreuung an unseren Grund- und Förderschulen: An über 2.000 Schulen mit fast 6.000 Gruppen gibt es Betreuungs- und Förderangebote am Nachmittag. Auch in diesem Schuljahr haben wir erneut alle genehmigungsfähigen Anträge zur Einrichtung von Ganztagsangeboten bewilligt.

Und dabei belassen wir es nicht: Im Januar 2013 hat der Bayerische Ministerrat beschlossen: Wir weiten das Ganztags-

Angebot ab dem kommenden Schuljahr 2013/2014 weiter aus. Für uns ist das ein weiteres zentrales Handlungsfeld für die Zukunft im Freistaat. Alle Schüler, die eine ganztägige Förderung und Betreuung brauchen oder wollen, sollen sie auch bekommen.

DEMOGRAFISCHER WANDEL

Eine Herausforderung ist für uns der demografische Wandel. Es gibt deutlich weniger Kinder und Jugendliche. Bayernweit wird ein Minus von 12 Prozent bis 2030 prognostiziert. Dieser Rückgang wird jedoch regional stark unterschiedlich ausfallen. Dennoch wollen wir insbesondere im Grundschulbereich möglichst lange auch kleine Standorte erhalten und unternehmen dazu auch erhebliche finanzielle Anstrengungen.

Ein erfolgreicher Weg, leistungsstarke junge Menschen in der Region zu halten, ist die duale Berufsausbildung. Sie bietet die Möglichkeit, parallel zur Ausbildung auch die Fachhochschulreife oder einen Studienabschluss zu erlangen. Wir werden die duale Berufsausbildung daher durch weitere Angebote insbesondere im ländlichen Raum ausweiten.

Beste Bildung für alle Kinder überall in Bayern – das hat für uns Priorität. Wir kennen unsere Handlungsfelder für die Zukunft: Dazu gehören neben den Herausforderungen des demografischen Wandels konkret eine weitere Individualisierung und Flexibilisierung in den Schularten, der Ausbau von Ganztagsangeboten, die noch bessere Integration von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte sowie die weitere Inklusion von Kindern mit und ohne Förderbedarf. Nur so bleiben unsere Städte und Gemeinden attraktiv und unsere Unternehmen wettbewerbsfähig. Nur so bleibt Schule in Bayern, was sie heute schon ist: individuell, chancenreich und familienfreundlich.



DR. LUDWIG SPAENLE
Bayerischer Staatsminister
für Unterricht und Kultus

Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de,
V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 22.07.13 • **Produktion:** Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

„die Schlacht ist geschlagen“. Der Bayerische Wirtschaftstag 2013, die zweite Großveranstaltung im jährlichen Veranstaltungsreigen des Wirtschaftsbeirats, liegt bereits rd. vier Wochen zurück. Mit über 520 Anmeldungen haben wir an den Wirtschaftstag 2012 in Bamberg anknüpfen können. Gut 400 Mitglieder und Gäste hatten sich am Ende bei besten sommerlichen Temperaturen im großen Saal des Stadttheaters der alten Herzogstadt Ingolstadt eingefunden.

Die Sitzung des Gesamtpräsidiums am Vormittag war dem Stand und den Perspektiven der Energiewende gewidmet – wieder einmal. Das Thema von vitalem Interesse für den Industrie- und Wirtschaftsstandort Bayern lässt uns nicht los. Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender der Thüga AG und Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft und damit einer der besten Kenner der Lage, stand dem Gremium für einen Meinungsaustausch zur Verfügung.

Das Ergebnis auf einen kurzen Nenner gebracht: Es führt kein Weg zurück – auch weil

der Ausbau der Erneuerbaren schon zu weit voran geschritten ist. Einige Bereiche wie der Ausbau der Photovoltaik liegen deutlich über Plan. In anderen wird die Zeit knapp, so beim Ausbau der Höchstspannungs- und Verteilnetze und bei der Speicherung. Die kostentreibende EEG-Förderung ist in der jetzigen Form ohne schwere wirtschaftliche und soziale Verwerfungen nicht zu halten. Vieles, was derzeit wegen der Bundestagswahl liegen bleibt, muss nach dem 22. September mit Hochdruck angepackt und auf die Reihe gebracht werden.

Im Grunde bedürfte das Megavorhaben „Energiewende“ mit seinen vielen ineinandergreifenden Facetten eines zentralen Projektmanagements. Im föderalen Geflecht der Bundesrepublik Deutschland mit einer zusätzlichen europäischen Ebene erscheint dies freilich kaum durchsetzbar. Wir werden uns vermutlich weiter „durchwurschteln“. Hoffentlich am Ende einigermaßen erfolgreich! Die Welt sieht uns dabei mit Interesse zu. Folgen mag uns – noch – niemand.

Den öffentlichen Teil des Bayerischen Wirtschaftstags am Nachmittag haben wir bewusst der Steuer- und Haushaltspolitik gewidmet. Es war uns wichtig, deutlich zu machen, dass sich die Wahlprogramme gerade in diesem Punkt fundamental voneinander unterscheiden. Steuererhöhungen vs. gezielte Steuerentlastungen: Gerade für den Mittelstand in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe geht es bei Themen wie der Erhöhung der Erbschaftsteuer oder der (Wieder-)Einführung einer Vermögensabgabe bzw. der Vermögensteuer bei geringen Freibeträgen um viel. Schon in Schönwetterphasen kosten sie unnötig Substanz. In Krisenzeiten sind sie Gift. Präsident Wiesheu hat darauf in seiner Eröffnungsrede hingewiesen. Axel Strotbek, der Finanzvorstand von Audi, Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a.D., und Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder haben in ihren Vorträgen jeder auf seine Art Anliegen geäußert, die Auswirkungen unterschiedlicher Steuern analysiert und die Eckpunkte

der Haushaltspolitik in den kommenden Jahren umrissen. So meine ich, es war für alle, die dabei waren, ein gewinnbringender Nachmittag. Einen ausführlicheren Bericht finden Sie nachstehend.

Es versteht sich von selbst, dass die Steuerpolitik auch in den neuen Mittelstandspolitischen Leitlinien, die pünktlich zum Wirtschaftstag erschienen sind, als wichtiges Thema behandelt wird. Thorsten Sponholz hat die Leitlinien mit einem kleinen engagierten Redaktionsteam in den letzten Monaten erarbeitet. Die Vorgängerausarbeitung von 2007 war in die Jahre gekommen.

Mit dem Titel „Mittelstand ist Zukunft“ unterstreichen die Verfasser die herausragende Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen für die berufliche Ausbildung, Beschäftigung, Wachstum, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt hierzulande. Es ist zwar falsch, Mittelstand und Großunternehmen gegeneinander auszuspielen. Die wirtschaftliche Stärke Bayerns und Deutschlands beruht auf dem hochproduktiven Leistungsgeflecht von kleinen, mittleren und großen Betrieben. „Der Mittelstand ist deshalb nicht alles, aber ohne Mittelstand ist alles nichts“, um ein geflügeltes Zitat aufzugreifen. Wirtschaftspolitik ist aus diesem Grund gut beraten, nicht nur auf die Großunternehmen zu setzen, sondern für Rahmenbedingungen zu sorgen, bei denen sich auch die zig-tausenden mittelständischen Unternehmen im nationalen und internationalen Wettbewerb erfolgreich behaupten und weiterentwickeln können – angefangen vom Bürokratieabbau, über die Bildungspolitik bis hin zu europäischen Themen. Die Leitlinien enthalten dazu eine Fülle von grundsätzlichen Empfehlungen und Anregungen für die künftige Regierungspolitik in Land und Bund.

Ich wünsche Ihnen noch erholsame Sommertage.

Herzlichst Ihr
JÜRGEN HOFMANN



In neuer Fassung erschienen:
Leitlinien des Mittelstandsausschusses zur Mittelstandspolitik 2013:

Fordern Sie die Broschüre an über:
Wirtschaftsbeirat Bayern,
Tel: 089-2422860, Fax: 089-291518,
E-Mail: info@wbu.de

Wir begrüßen herzlich unsere neuen Mitglieder

- Christof Schramm, Polling-Oderding
- Wolfgang H. Otto, pic Redaktionsbüro München
- Egon Lippert, Eichenau
- Tranzzlate GmbH, Bad Tölz
- Dr. Michael Lingenberg, München
- MRK Management Consultants GmbH München

Nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik

Vom Bayerischen Wirtschaftstag 2013 in Ingolstadt

Auch für den diesjährigen Bayerischen Wirtschaftstag im Stadttheater in Ingolstadt konnte der Wirtschaftsbeirat wieder hochkarätige Referenten gewinnen. Mit dem bayerischen Finanzminister Dr. Markus Söder, dem früheren Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Paul Kirchhof und Audi-Finanzchef Axel Strobek hielten drei ausgewiesene Experten Vorträge, in denen das Generalthema „Nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik – Schlüssel für die Zukunft“ von verschiedener Seite aus umfassend beleuchtet wurde. Dabei waren sich alle Redner einig: Der Ruf nach höheren Steuern ist falsch, Deutschland müsse andere Wege gehen.



Wirtschaftsbeirats-Präsident Dr. Otto Wiesheu hob in seiner Eröffnungsrede die starke Position der bayerischen und der deutschen Wirtschaft hervor – Folge einer im internationalen Vergleich außerordentlich wettbewerbsfähigen Industrie und eines robusten, leistungsfähigen Mittelstands. „Beides ist verantwortlich dafür, dass wir schnell aus den Schwierigkeiten 2008/2009 herausgekommen sind“, sagte Wiesheu. Er warnte davor, die gute Lage durch falsche Entscheidungen zu gefährden. Ziel der Politik müsse vielmehr sein, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Industrie, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe zu erhalten und auszubauen. Dies funktioniere nur mit einer „vernünftigen Haushalts- und einer nachhaltigen Steuerpolitik“, so der Präsident.

KEINE STEUERERHÖHUNGEN

Zu den „nachhaltigen Steuerplänen“ würden aber nicht Steuererhöhungen wie beispielsweise eine Vermögensabgabe oder Erhöhungen bei der Erbschaftsteuer zählen, wie manche Parteien fordern. „Das wäre der Presslufthammer auf den Bestand der Betriebe“, unterstrich Wiesheu. Die Politik solle vielmehr die inflationsbedingte „kalte Progression“ abschaffen.

Auch die Unternehmen hätten in einem Punkt enormen Nachholbedarf: Die Investitionen in den Kapitalstock müssten dringend gesteigert werden. Experten würden

von fehlenden Investitionen bei Wirtschaft und Staat von mittlerweile rund einer Billion Euro sprechen. Als Anreiz für eine höhere Investitionsdynamik forderte Wiesheu die degressive AfA (Absetzung für Abnutzung) wieder einzuführen und auszubauen. Kontinuierliche Investitionen in den Produktionsapparat würden die Standortbindung erhöhen und die Gefahr verringern, dass Unternehmen ins Ausland auswandern. Nach einem Grußwort von Bürgermeister



Sepp Mißlbeck (oben) ergriff Audi-Finanzvorstand Franz Strobek (unten) als Vertreter der Wirtschaft in der Region das Wort. Die Audi AG ist der mit Abstand größte Arbeitgeber im Raum Ingolstadt. Strobek zeigte sich erstaunt darüber, dass es in Deutschland Diskussionen über höhere Steuern gibt, obwohl die Steuereinnahmen auf Rekordhöhen gestiegen seien.

Eine der ins Spiel gebrachten Optionen, die erhöhte Substanzbesteuerung, lehnte Strobek ab. Zum einen handle es sich dabei um eine Doppelbesteuerung, zum anderen sei sie ein „Kapital- und Jobvernichtungsprogramm“ und damit letztlich auch ein Programm zur Vernichtung von Steuereinnahmen.

MEHR INVESTITIONEN NOTWENDIG

Die Politik solle lieber Investitionsanreize schaffen und die Entwicklung neuer Technologien vorantreiben. „Deutschland hat ein Ausgabenproblem“, so der Audi-Vertreter. Derzeit flössen nur noch sieben Prozent der öffentlichen Ausgaben in Investitionen. Vor zwanzig Jahren sei das Doppelte investiert worden. Hier müsse die Politik ansetzen.

Als weiteren Redner konnte der Wirtschaftsbeirat den Bundesverfassungsrichter a.D., Prof. Dr. Paul Kirchhof, gewinnen. Präsident Dr. Otto Wiesheu würdigte ihn in seiner Begrüßung als „den herausragenden Steuerexperten in Deutschland“.



Kirchhof brachte das Kernproblem deutscher Steuer- und Finanzpolitik gleich zu Beginn seines Vortrags auf den Punkt: die zu hohe Staatsverschuldung. Deutschland habe dabei kein Einnahmeproblem, die Steuerquellen würden „sprudeln“. Dennoch sei das Land mit gut zwei Billionen Euro verschuldet – viel zu viel aus Sicht von Kirchhof.

Er führte dies auf zwei „grundlegende Fehlentwicklungen“ zurück: Zum einen würde die Politik das Recht auf europäischer Ebene nur noch „gering schätzen“ und sich nicht mehr an vertragliche Vereinbarungen halten. Dadurch gehe unter anderem die Sicherheit der Währung verloren. Zum anderen werde „mit viel Fantasie“ über Einzelsteuern diskutiert. Die Gesamtlast der Steuern werde aber aus den Augen verloren.

„ÜBERLEGUNGEN“ ZUR STEUER- UND FINANZPOLITIK

Von den fundamentalen Gedanken und Überlegungen zu einer nachhaltigen Steuer- und Finanzpolitik in Deutschland, die er dem Auditorium präsentierte, seien folgende herausgegriffen:

- *Verlust des Rechtsgedankens:* In der EU werde das Recht oft nicht mehr beachtet. Eine der Stabilitätsregeln im Vertrag von Maastricht besage klar, dass die Neuverschuldung eines Mitgliedsstaats in einem Jahr nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen dürfe. Doch niemand halte sich daran.

Deutschland und Frankreich hätten 2002 wegen zu hoher Nettokreditaufnahme einen „blauen Brief“ von der EU bekommen – und ignoriert. Dadurch habe sich eine problematische Mentalität breit gemacht: „Was die Großen dürfen, dürfen wir Kleine auch.“

FINANZKRISE WAR VERMEIDBAR

Kirchhof plädierte dafür, das EU-Recht endlich als verbindlich zu behandeln. „Wenn wir das Recht beachtet hätten, hätten wir die Finanzkrise nicht“, betonte er.

- *Gescheitertes Doppel-Besteuerungsabkommen Deutschland/Schweiz:* Damit hätten beide Länder die einmalige Chance vertan, „sich von der Illegalität zu befreien“. Die Politik hätte mehr Kompromisse eingehen müssen. Das Abkommen sei aus „innenpolitischen Gründen“ gescheitert.

- *Steuerdebatte um gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften:* Diese Debatte gehe weit über das Steuerrecht hinaus. In der Verfassung sei von Mann und Frau, Vater und Mutter die Rede. Man müsse nun erst über die Verfassung sprechen, dann über die Steuer. Denn: „Wir müssen das Recht begreifen in Begriffen, sonst verfälschen wir ohne verfassungsändernde Mehrheit die Verfassung“, sagte Kirchhof.

- *Warum zahlen wir überhaupt Steuern?:* Unser Staat muss strukturell auf eigene Staatsbetriebe verzichten. Der Staat fokussiert sich darauf, dass seine Bürger privaten Erfolg haben können. Aber der Staat soll, damit er selbst überleben kann, Anteil an dem Erfolg des Bürgers haben. „Ein freierliches System gibt es nicht“, führte Kirchhof aus.

VERMÖGENSTEUER IST NICHT MEHR „ZEITGEMÄSS“

- *Vermögenssteuer:* Kirchhof sieht keinen Grund, eine Vermögenssteuer zu erheben. Sie sei nicht mehr „zeitgemäß“ und auch nicht mehr „tragfähig“. Es gebe keinen Grund, Einkünfte aus Gewerbfreiheit nochmals zu besteuern, denn Vermögenssteuer sei bereits versteuertes Einkommen.

- *Erbschaftsteuer:* „Der Staat sollte maßvoll daran teilhaben“, empfahl Kirchhof. Dennoch gebe es im Erbschaftsteuerrecht noch immer Probleme, die der Gesetzgeber lösen müsse. Es müssen Lösungen her, die für jeden Unternehmer „sicher“ und „sauber“ sind.

- *Einmalige Vermögensabgabe:* Diese sei nach dem Zweiten Weltkrieg richtig gewesen, der Staat sollte damals ebenfalls vom Wirtschaftswunder profitieren. Diskussionen, die einmalige Vermögensabgabe wegen der Finanzkrise wieder einzuführen, erteilte Kirchhof eine Absage. „Heute fehlen die Voraussetzungen für diese Einmaligkeit“, stellte er fest.

STAAT SOLL VERSCHULDUNG TILGEN

Die einmalige Vermögensabgabe sei geradezu abwegig. „Wir müssen die Strukturen bereinigen, die uns in die Lage gebracht

haben“, betonte Kirchhof. So sei beispielsweise ursprünglich geplant gewesen, mit dem Abbau der Verschuldung im Jahr 2011 zu beginnen, Geschehen sei dies bis heute aber noch nicht. Genau an diesem Problem müsse der Staat ansetzen.

- *Finanztransaktionssteuer:* In diesem Punkt plädierte Kirchhof für eine „zaghafte“ Variante in Höhe von max. einem Prozent. Laut Experten würden die Einnahmen einer Finanztransaktionssteuer an die der Einkommensteuer heranreichen. „Das wären dann Steuereinnahmen, die direkt an den Finanzmarkt zurückfließen könnten – allerdings als Schuldentilgung“, empfahl er.

Am Ende seines Vortrages fasste Kirchhof seine Gedanken noch einmal zusammen: „Wenn wir zurückfinden zum Recht, es substantiell verändern zu einem System, das aufbaut auf Einkommen-, Umsatz- und Erbschaftsteuer, dann würden wir ein Steuersystem haben, das Freiheit ermutigt, wirtschaftlichen Erfolg anerkennt und die sozial Schwachen bei den direkten Steuern gänzlich verschont und bei den indirekten Steuern weniger belastet als heute.“

BAYERN IST „STABILITÄTSKERN“



Der zweite Festredner des Nachmittags, Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder, warf zunächst einen Blick zurück auf die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 und konstatierte: „Wir stehen heute besser da als vor der Krise.“ Wirtschaftlich gesehen sei Deutschland die Nummer eins in Europa, der „Stabilitätsanker“, während Bayern der „Stabilitätskern“ sei.

Trotz der guten Ausgangsposition warnte Söder nachdrücklich vor einer Vergemeinschaftung der Schulden in der EU, wie sie von einigen Krisenstaaten gefordert wird. Dies sei ein falsches Zeichen. Er bezweifle, dass sich die Schuldnerstaaten dadurch ändern werden. „Schulden muss man nicht teilen, man muss sie tilgen“, unterstrich er. Er plädiere zwar für Rettungsschirme, aber die Schuldnerstaaten müssten Gegenleistungen in Form von harten Sparmaßnahmen und durchgreifende Strukturreformen erbringen. Bayern gehe mit gutem Beispiel voran. Der Freistaat habe in den vergangenen eineinhalb Jahren bereits 2,5 Milliarden Euro an

Schulden getilgt. Dies sei aber erst der Anfang. Nur durch eine nachhaltige Finanzpolitik werde man nicht zum Spielball der Finanzmärkte. „Nur so bekommt und behält man ein Triple-A-Rating“, unterstrich Söder. Bayern setze gleichzeitig auf Innovationen und immer bessere Produkte. Dafür stelle der Freistaat den Unternehmen die nötige Infrastruktur, High-Tech, Bildungs- und Forschungsmöglichkeiten zur Verfügung. Der Freistaat investiere deswegen rund ein Drittel seiner Mittel in diese Bereiche. Eine nachhaltige Finanzpolitik bestehe auch aus der gezielten Förderung von Beschäftigung und Wachstum.

„WAS WIR MACHEN, IST RICHTIG“

Bayerns Finanzminister fühlt sich in dieser Finanzpolitik bestätigt: „Wir bekommen immer wieder testiert, dass das, was wir machen, richtig ist“. Ein Beispiel: Zwei von drei deutschen Elite-Universitäten stehen in Bayern. „Die Zukunft in Deutschland liegt in Bayern“, fügte er hinzu.

Um noch mehr Investitionen tätigen zu können, strebe der Freistaat auch Änderungen im Länderfinanzausgleich an, bei dem Bayern mittlerweile zum Hauptgeberland aufgestiegen sei. „Wir wollen ein wettbewerbsfähiges System, bei dem es sich lohnt, dass man fleißig ist und dafür noch was bekommt“, sagte er. In den nächsten zwei Jahren müsse der Freistaat voraussichtlich rund acht Milliarden Euro einbezahlen. Aus Bayern seien bisher bereits 42 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich geflossen, der Freistaat habe aber solange er noch Nehmerland war insgesamt nur 3,5 Milliarden daraus bekommen. Das sei ungerecht.

Steuererhöhungen lehnte der Finanzminister, wie alle Redner vor ihm ab. „Wir müssen etwas für die Mitte tun. Der Mittelstand muss gestärkt und darf nicht belastet werden“, betonte er. Wir hätten ohnehin das „höchste Steuerwachstum aller Zeiten“. Nun müsse man es sich vor allem auch zur Aufgabe machen, das Steuerrecht zu entbürokratisieren.

Beim Thema Steuern sparte auch Söder nicht mit Kritik an den Plänen von SPD und Grünen. Eine Vermögensabgabe sei Gift für die Konjunktur, betonte er. Fleiß müsse belohnt und nicht stärker besteuert werden. Außerdem lehnte Söder die Erbschaftbesteuerung in ihrer jetzigen Form ab. Schließlich sei sie eine Steuer auf Geld, das bereits besteuert wurde. Er strebe zumindest eine Halbierung des Erbschaftsteuersatz an.

Alles in allem wolle er sich für eine moderne Steuerpolitik einsetzen und mit intelligenten niedrigeren Steuersätzen mehr Steuereinnahmen erzielen“, so der Minister.

ANDREAS MACIEJEWSKI

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

27. Juni 2013 – Bezirk Lindau

Der Bezirk Lindau mit seinem Vorsitzenden Josef Schlick zu Gast in der Brauerei Meckatz in Heimenkirchen. Geschäftsführer Michael Weiß sprach über die Markenführung der Meckatzer Löwenbräu Benedikt Weiß KG „Klasse statt Masse“, Präsident Dr. Otto Wiesheu über die Bedeutung des Mittelstandes und die Notwendigkeit einer mittelstandsfreundlichen Politik.



Foto v.l.n.r.: Dr. Otto Wiesheu, Eberhard Rotter, MdL, Michael Weiß, Dr. Rudolf Fickler, Josef Schlick

27. Juni 2013 – Bezirk Rosenheim

Rolf von Hohenhau, Präsident Bund der Steuerzahler in Bayern e.V. und Vorsitzender des Ausschusses für Steuer- und Haushaltspolitik beim Wirtschaftsbeirat, referierte im Landgasthof Happinger Hof auf Einladung des Bezirksvorsitzenden Adolf Dinglreiter über „die Steuererhöhungspläne der Opposition und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft“.



Foto v.l.n.r.: Günter Wunsam, Adolf Dinglreiter, Annemarie Biechl MdL, Rolf von Hohenhau, Klaus Stöttner MdL, 2. Bürgermeister Anton Haindl

1. Juli 2013 – Ausschuss Wirtschaftspolitik

Vor großem Auditorium im Festsaal des Bayerischen Hofes diskutierten Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, Lehrstuhl für „Datenbanken und künstliche Intelligenzen“ an der Universität Ulm sowie Verfechter einer „ökosozialen Marktwirtschaft“, und Oswald Metzger, Publizist, Stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, mit BayWa-Chef Klaus Josef Lutz, dem neuen Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses,

über „Wertorientierte Unternehmensführung im globalen Wettbewerb“.



Foto v.l.n.r.: Prof. Dr. Franz Josef Radermacher, Klaus Josef Lutz, Oswald Metzger

2. Juli 2013 – Junge Unternehmer

Eine Einladung von Klaus Josef Lutz, Vorstandsvorsitzender der BayWa AG, die Konzernzentrale zu besuchen, nahmen Dr. Marc Tenbücken und Max Fallthausen vom Vorstand der Jungen Unternehmer und rd. 30 Teilnehmer gerne an. Im Mittelpunkt eines interessanten Meinungsaustauschs stand das Thema „Agrarspekulationen und die Haltung der BayWa“.



2. Juli 2013 – Bezirk Bamberg

Seinen ersten Besuch im Bezirk Bamberg stattete Präsident Wiesheu ab. Bezirksvorsitzender Dr. Helmut Jungbauer konnte ihn in den „Harmoniesälen“ zu dem Vortrag „Mit nachhaltiger Wirtschafts- und Strukturpolitik die Zukunft gestalten“ begrüßen.



Foto v.l.n.r.: Dr. Hans F. Trunzer, Dr. Helmut Jungbauer, Regierungspräsident Wilhelm Wenning, Horst Eggers, Dr. Otto Wiesheu, Dr. Jürgen Hofmann

3. Juli 2013 – Ausschuss Verkehrspolitik

Im Verkehrsausschuss von Hans Wormser zog Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, (Zwischen-)Bilanz. „Vier Jahre Bundesverkehrsminister – was wurde erreicht? Was ist für die nächsten Jahre geplant?“. Eine lebhaft

Diskussion über ein breites Themenspektrum schloss sich an.



Foto v.l.n.r.: Dr. Otto Wiesheu, Hans Wormser, Dr. Peter Ramsauer, Stefan Klatt

4. Juli 2013 – Bezirk Ansbach/Westmittelfranken

Bezirksvorsitzender Fritz Gempel konnte in der „Reichsstadthalle“ von Rothenburg o. d. Tauber zusammen mit dem Vorsitzenden der Sparkasse Werner E. Thum die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Frau Ilse Aigner, begrüßen. Die Ministerin warb für „Ehrliches Essen“ und bekannte sich zu „Leistung, Transparenz und Wertschätzung“ in der Wertschöpfungskette von der Produktion von Lebensmitteln bis zum Verbraucher.



Foto v.l.n.r.: Obermeister Heinz Holch, Obermeister Bernd Mack, Bundesministerin Ilse Aigner, Fritz Gempel, Werner E. Thum, Gerhard Ilgenfritz (Präsident der Privaten Brauer in Bayern)

5. Juli 2013 – Bezirke Berchtesgadener Land/ Traunstein und Rosenheim sowie Arbeitskreis „Wirtschaft und Kirchen“ gemeinsam mit dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU)



Foto v.l.n.r.: Äbtissin Johanna Mayer OSB, Gerhard Lux, Dr. Michael Elsen, Georg Fahrenschohn, Adolf Dinglreiter, Dr. Jürgen Hofmann

Für das diesjährige „Frauenwörther Gespräch“, wie immer mit Herzblut organi-

siert von Dr. Michael Elsen, konnte Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, gewonnen werden. „Schuldenkrise, Geldschwemme und Bankenregulierung – was bedeutet das für Sparer und Mittelstand?“ war dessen Thema. Der Dreiklang aus Vortrag, Hl. Messe im Münster und Abendessen beim Klosterwirt bereicherte gut 150 Teilnehmer.

8. Juli 2013 – Bezirk Augsburg

Auf Einladung von Prof. Dr. Hans Ulrich Buhl trafen sich Mitglieder und Gäste des Bezirks im FIM Kompetenzzentrum der Universität Augsburg, um unter der Leitung von Dr. Georg Haindl mit Prof. Buhl, Lehrstuhl für BWL, Wirtschaftsinformatik, Informations- & Finanzmanagement, und Dr. Alexander Aberger, Bereichsdirektor Bankwirtschaft und Verbundgeschäft Genossenschaftsverband Bayern e.V., über „ökonomische und ethische Lehren aus der Finanz-, Wirtschafts- und Staatenkrise“ zu diskutieren.



Foto v.l.n.r.: Dr. Alexander Aberger, Professor Dr. Hans Ulrich Buhl; Dr. Georg Haindl

11. Juli 2013 – Ausschuss Europapolitik



Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Simon McDonald, Dr. Ingo Friedrich, Markus Ferber MDEP

Der Zukunft der Europäischen Union im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts widmeten sich Simon McDonald, Britischer

Botschafter in Deutschland, und Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der CSU Europa-Gruppe im Europäischen Parlament im Europaausschuss von Dr. Ingo Friedrich.

15. Juli 2013 – Ausschuss Ernährungs- und Agrarpolitik

Zur Auftaktveranstaltung des neuen Ausschussvorsitzenden Manfred Nüssel kamen Bundesministerin Ilse Aigner und Prof. Dr. Harald von Witzke, Humboldt-Universität zu Berlin, um über das Thema „Nachhaltigkeit in der Agrar- und Ernährungswirtschaft: Gesellschaftliche Erwartungen und unternehmerische Strategien“ zu sprechen.



Foto v.l.n.r.: Prof. Dr. Harald von Witzke, Manfred Nüssel, Bundesministerin Ilse Aigner

16. Juli 2013 – Ausschuss Außenwirtschaft



Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Ministerialrat Georg Reichel (Nahostexperte im Bayerischen Wirtschaftsministerium), Prof. Dr. Udo Steinbach, Bernd-Joachim Pantze Bernd Pantze, stv. Vorsitzender des Ausschusses, konnte Bülent Tulay von der Deutsch-Türkischen Wirtschaftsvereinigung und Prof. Dr. Udo Steinbach, Leiter des Governance Center Middle East/ North Africa an der Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin, begrüßen. Beide Referenten beleuchteten in großer Breite und Tiefe das Thema: „Die Türkei und der ‚neue

Nahe Osten‘ – Chancen für die Bayerische Wirtschaft?“.

17. Juli 2013 – Arbeitskreis Wirtschaft und Kirchen

„Arbeit und Muße – Haben wir unseren Rhythmus noch?“ Dieser Frage gingen Prof. Dr. Martin Balle, Vorsitzender des Arbeitskreises, und Professor Dr. Martin Thurner, Martin-Grabmann-Forschungsinstitut der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München, in ihren Vorträgen „Medien und die Kunst der Muße“ und „Muße als Ursprung der Kreativität“ nach.



Foto v.l.n.r.: Prof. Dr. Martin Thurner, Prof. Dr. Martin Balle, Dr. Jürgen Hofmann

18. Juli 2013 – Ausschuss Finanzmärkte

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, hatte das aktuelle Thema „Finanztransaktionssteuer – ein Weg zu mehr Stabilität?“ auf die Tagesordnung gesetzt. Dr. Christine Bortenlänger, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Aktieninstituts e.V., und Prof. Dr. Christoph Kaserer, TUM School of Management, Lehrstuhl für BWL – Finanzmanagement und Kapitalmärkte, wiesen in ihren Vorträgen auf gravierende Probleme hin.



Foto v.l.n.r.: Dr. Christine Bortenlänger, Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Prof. Dr. Christoph Kaserer



Wormser Qualitätslogistik | Konrad-Wormser-Straße 1 | D-91074 Herzogenaurach | Telefon: +49 9132 903-0 | Telefax: +49 9132 903-259 | E-Mail: info@wormser.de

Mit sauberer Arbeit auf Erfolgskurs.

www.wormser.de

Terminvorschau

22. August, München

Bezirk München und Junge Unternehmer gemeinsam mit dem Bund der Selbständigen: „Sommerlounge“

10. September, München

Ausschuss für Medien: Markus Blume, MdL, Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission, „Bayern 3.0: Warum wir eine neue, digitale Zukunftsoffensive brauchen!“

12. September, München

Ausschuss für Umwelt: Dr. Christian Barth, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, „Umweltpakt – aktuelle Herausforderungen der bayerischen Umweltpolitik“

15. September, München

Bezirk München gemeinsam mit der Mittelstandsunion: Mittelstandspolitische Fröhschoppen mit Markus Blume, MdL, Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission

17. September, München

Ausschüsse für Umwelt und Energie- und Rohstoffpolitik: Professor Dr. Peter Reichetseder, Managing Director E.ON Exploration & Production GmbH; Dipl.-Kfm. Jörg Schindler, ASPO Deutschland e.V.; „Fracking – Fluch oder Segen?“

18. September, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Prof. Dr. Jürgen Ruland, Leiter Institut für Klinische Chemie und Pathobiochemie am Klinikum r.d. Isar; Professor Dr. Christof von Kalle, Sprecher Direktorium des Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen (NCT) Heidelberg, Leiter Abteilung Translationale Onkologie am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ); Dr. Bernhard Escherich, Chief Architekt der SAP-Beratung für die Bereiche Gesundheitswesen und öffentlicher Dienst, Walldorf; Prof. Dr. Claudia Eckart, Leiterin Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie; Christian Molt, Mitglied Vorstand der Allianz Private Krankenversicherungs-AG; Dr. Andreas Zapf, Präsident Bayerisches Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Landesarzt, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, „Genomerfassung bei Krebspatienten – Anlass zu Freude oder zur Sorge?“

19. September, München

Bezirk München und Ausschuss Energie-

und Rohstoffpolitik: Annegret-Cl. Agricola, Bereichsleiterin Energiesysteme und Energiedienstleistungen, Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), „Power-to-Gas – eine ergänzende Systemlösung als Beitrag zur Energiewende in Deutschland“

23. September, München

Arbeitskreis Unternehmenssicherheit: Dr. Rudolf Kreuzer, Zentrum für Systemisches Denken, 1. Teil der Trilogie: „Risiko- und Sicherheitsmanagement“

25. September, München

Ausschuss für Europapolitik: Prof. Dr. h.c. Hermann Schoenauer, Rektor des Evang. Luth. Diakoniewerkes Neuendettelsau, „Europäische Sozialunternehmen heute – der Weg zwischen sozialer Sensibilität und wirtschaftlicher Effizienz“

30. September, München

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Thomas Stahl, Geschäftsführer der IcosAkademie und IcosMedia, „Internet-Marketing und Social Media“

30. September, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr.-Ing. Tobias Voigt, Wissenschaftl. Mitarbeiter des Lehrstuhls für Lebensmittelverpackungstechnik des Wissenschaftszentrums Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt der Technischen Universität München, „Modellbasierte Energieoptimierung am Beispiel in der Lebensmittel- u. Getränkeindustrie“

1. Oktober, Rothenbuch

Bezirk Aschaffenburg: „Forstwirtschaft im Spessart – Schützen und Nützen“, Vorstellung der Bayerischen Staatsforsten und des Forstbetriebs Rothenbuch, Waldbegang und Impulsvortrag zum Cluster „Wald und Holz“

6. Oktober, München

Junge Unternehmer: „Wiesabend“

14. Oktober, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr.-Ing. Georg Pachta-Reyhofen, Sprecher Vorstand MAN SE

14. Oktober, Schwandorf

Bezirke Regensburg und Weiden/Nordoberpfalz: Reimund Gotzel, Vorsitzender des Vorstands der Bayernwerk AG, „Ist die Versorgungssicherheit im Netz gefährdet?“

15. Oktober, München

Ausschuss für Finanzmärkte: Peter Praet, Direktionsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB)

17. Oktober, München

Arbeitskreis Unternehmenssicherheit: Dr. Oliver Bär, Bayerisches Staatsministerium des Innern, 2. Teil der Trilogie: „Risiko- und Sicherheitsmanagement“

22. Oktober, München

Ausschuss für Sport: Peter Schröcksnadel, Präsident Österreichischer Skiverband

24. Oktober, München

Arbeitskreis Unternehmenssicherheit: Dr. Nikolaus Seibt, Institut für Konfliktforschung & Krisenberatung, Wolfgang Wenger, Pressesprecher Polizeipräsidium München, 3. Teil der Trilogie: „Risiko- und Sicherheitsmanagement“

25.-26. Oktober, St. Englmar

Arbeitskreis Kirchen: Klosterwochenende im Bayerischen Wald

29. Oktober, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Prof. Dr. Klaus-Dieter Lemann, Präsident der Goethe Institute

31. Oktober, München

Ausschuss für Medienpolitik: Katharina Behrends, Geschäftsführerin NBC Universal Global Networks Deutschland GmbH

6. November, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger, Kommunikationsforschung am Institut für Publizistik der Universität Mainz, „Die Mechanismen der Skandalisierung - warum viele untergehen und einige überleben“

7. November, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Markus Blume, MdL, Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission

13. November, München

Generalversammlung

19. November, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr. Marcel Huber, MdL, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, „Energiewende“

25. November, Regensburg

Bezirk Regensburg: Ostbayerisch-Böhmische Verkehrskonferenz

26. November, München

Bezirk München: „Basel III“

9. Dezember, Regensburg

Bezirk Regensburg: Weißwurstfrühstück mit Abgeordneten

Weitere Infos unter: www.wbu.de